

FOKUS CHILE

Konrad-Adenauer-Stiftung Santiago

Juni 2015

AUSGABE 7

Regierung geht auf streikende Lehrer zu

Im Rahmen der von Präsidentin Michelle Bachelet angekündigten Bildungsreform hat die chilenische Regierung einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, welcher die Ausbildung und die beruflichen Rahmenbedingungen von Lehrkräften grundlegend reformieren soll. Oberstes Ziel der Regierung ist hierbei, die Qualität des chilenischen Bildungssystems zu verbessern, was gut ausgebildete Lehrer voraussetzt. Das Reformvorhaben, welches den Namen „Nueva Política Nacional Docente“ trägt, ist somit eine Antwort auf die zahlreichen Kritiker, welche die beruflichen Qualifikationen der Lehrkräfte an öffentlichen Bildungsinstitutionen bemängeln. Erste Verbesserungen sollen bereits an der Ausbildung von Lehramtsstudenten ansetzen. Durch zusätzliche Auswahlverfahren an den Universitäten soll die Eignung der Bewerber sichergestellt werden, den entsprechenden Fakultäten werden eine bessere Ausstattung und eine stärkere finanzielle Förderung versprochen. Gleichzeitig soll die Qualität der Studiengänge in Zukunft regelmäßig evaluiert werden. Lehrerverbände üben allerdings scharfe Kritik an dem Reformvorhaben, denn es sieht neben den Änderungen in der Berufsausbildung auch ständige Bewertungen der Lehrer und ihres Unterrichts vor. Dies würde den Druck auf die Pädagogen erhöhen und eine zusätzliche Arbeitsbelastung darstellen, was nach deren Einschätzung einer Verbesserung der Unterrichtsqualität entgegenstehen würde. Ein weiterer Kritikpunkt sind fehlende Lohnzuwächse sowie die nach wie vor dezentralisierte Verwaltungsstruktur des Schulsystems. Qualität der Bildung und Arbeitsbedingungen der Lehrer variieren landesweit sehr stark, da die öffentlichen Schulen in kommunaler Hand sind. Am ersten Juni traten die Lehrer erneut in einen landesweiten, unbefristeten Streik, von dem nach Angaben der Lehrgewerkschaft etwa 90 Prozent aller öffentlichen Schulen betroffen sind. In ihrem Arbeitsausstand werden die Lehrkräfte von Schülern und Studenten unterstützt. Bildungsminister Nicolás Eyzaguirre richtete ein Verhandlungsangebot an die Lehrervertreter und erklärte

sich vor der Bildungskommission bereit, einige zentrale Forderungen von Lehrern und Schülern in den Gesetzesentwurf aufzunehmen.

Deutsche Aussiedler von Unruhen in der Region Araucanía betroffen

Der chilenische Vizepräsident Burgos traf sich mit dem deutschen Botschafter in Chile, Hans-Henning Blomeyer-Bartenstein, um sich mit ihm über die Vorkommnisse in La Araucanía zu beraten. In dieser Region Chiles, rund 500 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago gelegen, leben zahlreiche Familien



deutscher Abstammung, viele davon Landwirte und Großgrundbesitzer. Diese sahen sich in den vergangenen Jahren mehrfach Gewaltakten ausgesetzt, mutmaßlich ausgeführt durch extremistische indigene Gruppen. So wurden Grundstücke besetzt, Immobilien beschädigt und Saatgut verbrannt. Die indigenen Ureinwohner der Region vom Stamm der Mapuche fühlen sich ihres Landes beraubt und wollen auf die angebliche Unterdrückung ihrer Sprache, sowie ihrer Traditionen und kulturellen Identität durch den chilenischen Staat und die Siedler in der Region aufmerksam machen. Vor dem Treffen zwischen Burgos und Blomeyer-Bartenstein hatte die deutsche Botschaft in einem Schreiben an Burgos ihre Besorgnis über die Gewaltakte ausgedrückt. Bereits Mitte Mai äußerte sich der Staatssekretär im Innenministerium, Mahmud Aleuy, zu den Vorkommnissen in Araucanía. Nach Brandanschlägen auf drei Lastkraftwagen und mehrere landwirtschaftliche Geräte sprach er von einer „Nacht des Terrorismus“. Er stufte die Lage als ernst ein und warnte vor einer Spirale der Gewalt. Wenn sich die ansässige Bevölkerung nicht ausreichend durch



staatliche Sicherheitskräfte geschützt fühle und beginne, sich selber zur Verteidigung zu organisieren, bestünde die Gefahr einer neuen Eskalationsstufe, so Aleuy. Als Drahtzieher nannte er neben den extremistischen Gruppierungen der Mapuche auch kriminelle Vereinigungen, welche die Forderungen der Mapuche nur als Vorwand

für ihre Taten nutzen. Diese machte Staatssekretär Aleuy für den wiederholten Diebstahl von Vieh sowie für Schutzgelderpressungen verantwortlich, denen vor allem die kleineren Landwirte in der Region zum Opfer fallen. Dort hat sich demnach

eine kriminelle Industrie entwickelt, an der nur zum Teil Mitglieder der Mapuche beteiligt sind. Der Staatssekretär stellte klar, dass die Täter die legitimen Anliegen der indigenen Minderheit für ihre kriminellen Machenschaften missbrauchen.

Immer weniger Freiwillige für den Wehrdienst

Im chilenischen Verteidigungsministerium blickt man sorgenvoll auf die sinkende Anzahl freiwilliger Wehrdienstleistender. Seit 2007, als in dem Andenstaat die Praxis der obligatorischen Wehrpflicht für junge Männer abgeschafft und durch ein System der freiwilligen Registrierung ersetzt wurde, hat sich die Zahl der jährlichen Rekruten von 32.007 auf nun 17.456 stark verringert. Ursächlich hierfür ist nach Meinung von Experten in erster Linie ein Phänomen, das auch in Deutschland zu beobachten ist, nämlich der anhaltende Geburtenrückgang. War 2007 der Jahrgang der 18-Jährigen noch 146.593 Mann stark, erreichten im vergangenen Jahr nur noch 132.900 Männer die Volljährigkeit. Das größer werdende Angebot auf dem Bildungsmarkt, besonders die Hochschulabschlüsse betreffend, verstärkt den Effekt und führt dazu, dass immer mehr junge Menschen länger die Schulbank drücken anstatt den Dienst an der Waffe zu leisten. Dies gilt gleichermaßen für die weiblichen Freiwilligen, deren Anzahl sich in den letzten sieben Jahren beinahe auf 4.220 halbiert hat. Insgesamt betrachtet zeigen gerade einmal 34 Prozent aller jungen Chileninnen und Chilenen Interesse am freiwilligen Wehrdienst. Um diesen wieder attraktiver für junge Menschen zu machen, denkt man nun im Verteidigungsministerium darüber nach, den Sold der Freiwilligen zu erhöhen und ihnen weitere finanzielle Unterstützungen, etwa für eine anschließende Hochschulbildung und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, zu gewähren. Setzt sich der Trend fort, müsse man über ein Mischsystem nachdenken, das neben der freiwilligen Registrierung auch Einberufungsbefehle einschließt. So wolle man Engpässe bei den Nachwuchssoldaten vermeiden, heißt es aus der Armeeführung.

